

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 24 (1983)
Heft: 17

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ian Tickle zu einem Musterstückchen sowjetischer Desinformation

Strick für Maggie

«Das britische Parlament verwarf mit beträchtlicher Mehrheit einen Antrag von Premierministerin Margaret Thatcher auf Wiedereinführung der 1965 abgeschafften Todesstrafe. Zweck des entsprechenden Gesetzentwurfes war es, Teilnehmer an Kollisionen einzuschüchtern, die sich im Zusammenhang mit Bürgerrechten im besetzten Nordirland ereignen. Analytiker in London werten den Ausgang der Abstimmung als ernste politische Niederlage für Margaret Thatcher, die beim Versuch, die Todesstrafe wieder einzuführen, ihr Ansehen aufs Spiel gesetzt hatte.» (Radio Moskau vom 14. Juli)

Diese sowjetische Kurzmeldung ist geradezu ein Kunstwerk: Selbst wenn man berücksichtigt, dass Moskauer Propagandaleute am Werk waren, bleibt es bemerkenswert, wie man so viele Lügen – ja: Lügen, nicht etwa Irrtümer – in drei kurzen Sätzen unterbringen kann. Eine kleine Analyse drängt sich auf.

Im Zuge des konservativen Sieges bei den allgemeinen Wahlen war es nur natürlich, ein konservatives Lieblingsthema aus der Mottenkiste hervorzuholen. Frau Thatcher wusste, dass gemäss Meinungsumfragen die Mehrheit des britischen Volkes die Wiedereinführung der Todesstrafe für Mord oder wenigstens für bestimmte Arten von Mord befürwortet. Sollte sie diese Angelegenheit nicht aufgreifen – so bedeutete man ihr –, so käme das Thema am Parteitag im Herbst aufs Tapet, wobei eine Menge Staub aufgewirbelt würde.

Typisch für Frau Thatcher: Sie entschied sich, den Fall aufzugreifen, und zwar sofort, also ohne den erwähnten Parteitag abzuwarten. Sie selbst würde, was bekannt war, für die Todesstrafe stimmen, weil sie dies in der Vergangenheit immer getan hatte und nicht den Eindruck von Wankelmütigkeit erwecken wollte.

Traditionsgemäss wird eine Angelegenheit dieser Art im britischen Parlament stets durch freie Stimmabgabe entschieden, also dem eigenen Ge-

wissen folgend und ohne Druck in Form von verbindlichen Abstimmungsparolen der politischen Parteien. Im vorliegenden besonderen Fall übten weder Frau Thatcher noch die Regierungssprecher auch nur den geringsten Druck auf Mitglieder der konservativen Partei aus, damit zugunsten der Todesstrafe gestimmt würde. In weiten Kreisen war bekannt – und nie bestritten worden –, dass die Premierministerin erleichtert wäre, wenn das Abstimmungsergebnis negativ ausfallen würde. Verschiedene Minister, darunter James Prior, der Staatssekretär für Nordirland, waren als Gegner der Todesstrafe bekannt.

*

Das ist die Wirklichkeit. Und nun zur Meldung von Radio Moskau: Sie unterschlug, dass der Vorschlag auf Wiedereinführung der Todesstrafe nur für Mord und für nichts anderes gegolten hatte. So wurde skrupellos die Behauptung unterschoben, dass die ganze Abstimmung im Zusammenhang mit den Bürgerrechten in Nordirland stehe. Sollte damit vielleicht der Anschein erweckt werden, dass Menschen allein schon für die Unterstützung der IRA und fürs Demonstrieren auf der Strasse zum Tode hätten verurteilt werden können?

*

Wie erwähnt, kam der Vorschlag nicht von Premierministerin Thatcher, und es lag auch kein Gesetzentwurf vor. Es war somit keine ernsthafte politische Niederlage für Margaret Thatcher, eher das Gegenteil. Es wäre deshalb aufschlussreich, Näheres über die von Radio Moskau zitierten «Analytiker in London» zu wissen. Sie haben sicher nichts mit der britischen Presse zu tun, denn diese gab die hier erwähnte Darstellung der Ereignisse faktisch einheitlich wieder. In Tat und Wahrheit ist die Frage der Todesstrafe in der britischen Politik nicht von Belang, und Premierministerin Thatcher war willens, sie im neuen Parlament so rasch als möglich aus Abschied und Traktanden fallen zu lassen.

Übrigens: Die Sowjetunion kennt unter anderem die Todesstrafe bei Korruption, Schmuggel, Diebstahl von Staatseigentum, Geldspekulationen und Fälschertum. ■

Der Kommentar

Sowjettaktik in Äthiopien

«Hier sind wir, hier bleiben wir», gilt den Sowjets (auch) in bezug auf Äthiopien, das man in Moskau als wesentliches Glied in einer Kette von Sowjetsatelliten betrachtet – einer Kette, die sich von Afghanistan bis zum Atlantik erstreckt. Äthiopien besitzt inzwischen die grösste Armee Schwarzafrikas. Sie ist mit etlichen der neusten sowjetischen Waffensysteme ausgerüstet; mehrere tausend Sowjetberater halten sich im Lande auf, um die Äthiopier im Umgang mit der anspruchsvollen Kriegstechnologie aus Moskaus Füllhorn anzulernen.

City Bank-Anlageplus

4½% Anlageheft/-konto mit Zinsgarantie!

Mehr Zins – garantierter Zins und Sicherheit

Bis 31. Dezember 1983

CITY BANK

Talstrasse 58,
8021 Zürich,
Tel. 01/211 76 11

– die Bank mit dem Anlageplus

Wir gehören zur Gruppe der Schweizerischen Kreditanstalt

- Diese Anlageformel interessiert mich/uns.
 Bitte senden Sie mir/uns Ihre Unterlagen.
 Könnten Sie sich bitte mit mir über Tel. Nr. _____ (am ehesten um _____ Uhr) in Verbindung setzen?

Name: _____ Vorname: _____

Strasse: _____

PLZ/Ort: _____

Einsenden an: CITY BANK, Talstr. 58, 8021 Zürich

ZB

FACETTEN zum Alltag drüben

«Umweltbelastung alarmierend»

Unter dieser Überschrift berichtet die Warschauer Zeitung «Express Wieczorny» am 28. Juli 1983 über die Umweltbelastung in der Woiwodschaft Warschau. «Wir atmen vergiftete Luft, wir haben vergiftete Flüsse und Seen, wir leben im Lärm, die Grünflächen verschwinden, die Müll- und Abfallhalden wachsen.»

Während Jahren ist der Umweltbelastung keinerlei Beachtung geschenkt worden, hat es an einer

Grosszügig, wie die Sowjets bei Waffenrüstungen sind, vermögen sie dann eben keine Wirtschafts- und Lebensmittelhilfe mehr. Dies freilich ist, was die äthiopische Bevölkerung braucht. In grossen Teilen des Landes herrscht Hungersnot. Hilfslieferungen kommen von den Regierungen Nordamerikas und den EG-Ländern sowie von privaten Hilfsorganisationen. Die Spender haben «natürlich» kaum eine Möglichkeit, die Verwendung der Hilfsgüter zu überwachen. Beobachter vor Ort berichten, dass ein Grossteil für die Ernährung der äthiopischen Armee abgezweigt werde. So beschreibt ein britischer Entwicklungsberater für Landwirtschaft, der die Gegend soeben bereist hat, die Streitkräfte Äthiopiens als «eine Armee, die gratis mit Essen aus den USA und den EG-Ländern verpflegt wird».

Die äthiopische territoriale Integrität, ja das Überleben des Regimes in Addis Abeba ist in Gefahr, weil die Rebellionen in Eritrea und Tigre, die den kommunistischen Umstürzern schon seit Jahren trotzen, ungeachtet der kostspieligen sowjetischen Investitionen für ihre Schützlinge, sich neuerdings konsolidieren und gar ausbreiten. Wiederholte sowjetgeleitete Offensiven haben die Guerillakämpfer bisher von den wichtigsten Städten ferngehalten; das war aber auch der ganze Erfolg. Umfangreiche Gebiete der beiden Provinzen sind von den Rebellen befreit und werden auch gehalten. Erstaunlicherweise funktioniert hier überall eine Verwaltungsstruktur, die den Eritreern und Tigrenern mehr Hilfe und Nutzen beschert, als sie jemals durch Addis Abeba erhielten.

Jetzt sind die Sowjets entschlossen, mit diesen Widerstandsorganisationen aufzuräumen. In den vergangenen zwei Jahren hat es wiederholt Berichte gegeben, wonach die äthiopischen Regierungstruppen zu so unheimlichen Mitteln der Kriegführung wie Napalm und Giftgas Zuflucht genommen haben. Verwirklichung der Parole «rot oder tot» in der afrikanischen Gegenwart. *it*

Koordination zwischen Entwicklungsplänen und Umweltschutzmassnahmen gefehlt. Nun beginnen die Bewohner einiger Quartiere und Vororte, Alarm zu schlagen. «Sulejowka ist mit Fäkalien überschwemmt!» «Wenn man die Luftverschmutzung nicht begrenzt, wird der Ausstoss von Gasen und Staub bis 1990 noch einmal um 100 Prozent zunehmen.»

Von den 275 Industriebetrieben der Woiwodschaft haben 98 keine richtige Entstaubungsanlage; am meisten Schadstoffe kommen aus den Elektro- und Fernheizwerken (Warschau hat weltweit das umfassendste Fernheizsystem).

Viele Bäche und Flüsse sind schon so verschmutzt, dass ihr Verschmutzungsgrad ausserhalb der «Verschmutzungsskala» liegt. Ursache dafür sind fast immer die öffentlichen Abfälle und Abwässer. Von den Städten in der Woiwodschaft haben nur Otwock, Piaseczno, Pruszków und Wolomin Kläranlagen; mit einer Ausnahme sind alle bereits überlastet.

Der Bau neuer Kläranlagen erfolgte nicht termingerecht, so für das rechtsufrige Warschau, in Blonie und Grodzisk. Für den Bau neuer Anlagen sind dort bis 1985 genau 2 680 000 Zlotys vorgesehen (das sind rund dreissig Arbeiter-Jahresverdienste. Man kann sich denken, wie weit das reicht.) Gleichwohl hofft man, bis 1990 in den Flüssen auf einer Gesamtlänge von 36km wieder die Sauberkeitsstufe I zu erreichen; das wären dann 4,1 Prozent der gesamten Flussläufe. ■

Briefe

Entwicklungshilfe und Symptombekämpfung

«Entwicklungshilfe – eine Überlebensfrage». Mit diesem Slogan läuten christliche Hilfswerke eine Petition an Parlament und Bundesrat ein. Man will anscheinend politische Geschäfte mit dem Hunger ankurbeln, nachdem Abstriche am Entwicklungshilfeprogramm signalisiert worden sind. Zwar stimmt es, dass seit der Entkolonialisierung und der damit vollzogenen «Befreiung» immer noch gewaltige Flüchtlingsströme aus den sozialistischen Ländern unterwegs sind und dass viele Drittstaaten ihrer Bevölkerung das Existenzminimum nicht gewährleisten können, aber das ist kein Grund, ihnen den Weg in noch grösseres Elend zu pflastern.

Statt ständiger Symptombekämpfung sollten endlich die Ursachen der Kalamitäten aufgedeckt werden. Geographische Lage und klimatische Verhältnisse sind nicht die alleinigen Ursachen des Übels. Sehr oft liegt es an der sozialistischen Planwirtschaft, die rohstoffreiche Länder und gesunde Landwirtschaftszonen zugrunde gerichtet hat. Man darf annehmen, dass nach Abschaffung

In Kürze

Die Umweltzerstörung in den sozialistischen Ländern (siehe ZB, Nr. 13/1983) schreitet auch in der UdSSR fort. Die «Literaturnaja gaseta» (Moskau, Nr. 21/1983) enthielt einen Aufruf, den Ladoga-See vor der ökologischen Katastrophe zu retten. Sonst wird er laut wissenschaftlichen Prognosen bis zum Jahre 2000 zu einer faulenden Wassermasse, die sich fast unmöglich regenerieren lasse. Laut einem gemeinsamen Partei- und Regierungsbeschluss sollen bis zum Ende des laufenden Fünfjahresplanes (1985) 10 Milliarden Rubel für Umweltschutzmassnahmen bereitgestellt werden. Ähnlich wie in der CSSR sind auch in der UdSSR die Industrien gesetzlich gehalten, ihre Abwässer und Abgase zu reinigen, aber ähnlich wie dort können zur Sicherstellung des (vorrangigen) Produktionsplanes provisorische Ausnahmen bewilligt werden, die sich oft als dauerhaft erweisen. Dazu kommt, dass die Sanktionen meist unbehelflich sind; die Geldbussen kommen den Betrieben billiger als die Einrichtungen zum Umweltschutz, und der Staat, dem die Unternehmen gehören, lässt das Geld von einer Tasche in die andere zirkulieren.



Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) erhält (laut «perspektiven», Esslingen) zurzeit monatlich rund 5 Millionen DM aus der DDR. ■

der maroden Staatswirtschaften eine Selbstgesundung einsetzen könnte. Die schlechten Erfahrungen, die weltweit mit dem realen Sozialismus gemacht worden sind, sollten eigentlich von analogen Experimenten abschrecken. Für die betroffenen Länder muss eine solche Phase zweifellos lang und hart werden; darüber bestehen keine Zweifel. Sie muss jedoch durchgestanden werden, wenn die Drittweltländer als vollwertige Partner dem globalen Wirtschaftskreislauf zugeschaltet werden sollen. Das ist doch eigentlich das Ziel jeder effizienten Hilfe. Dabei kann die Weltbank mit ihren sehr gut eingespielten Organisationen durchaus Steuerfunktion übernehmen; die kurzschichtigen entwicklungspolitischen Übungen sind einzustellen.

Sonst stellt sich nämlich die Überlebensfrage tatsächlich: für die westlichen Industriestaaten. Wenn in bisheriger Manier weiter experimentiert wird, zehrt die Schuldenmacherei derart an der volkswirtschaftlichen Substanz, dass ein Ende mit Schrecken abzusehen ist. An eine Rückzahlung der eingeschossenen Gelder ist ernstlich nicht zu glauben. Die Petitionäre haben sich wohl kaum Gedanken gemacht, was nach einer Pleite der westlichen Industrieländer geschehen müsste. Auch übersehen sie geflissentlich die Tatsache, dass mit zunehmenden Pumpleistungen die Begehrlichkeit der Schuldner wächst. Den Völkern der Dritten Welt ist mit ständigen Zuschüssen auf weite Sicht keine Hilfe geboten. Daher taugt auch die Petition nichts. *eb*